

Jetzt kommt's drauf an

Hält kleine Deponiesicherung für Landesfinanzen her?

VON STEFAN RECKLEBEN

Münchehagen. Nach acht Jahren Verhandlungen in den Münchehagen-Gremien kommt es jetzt zum Schwur: Die Landesregierung bringt ihr Giftdeponie-Sicherungspaket in den Vermittlungsausschuß ohne hydraulische Wasserhaltung und Kläranlage ein. Das Konzept ist für die westfälische und niedersächsische Anrainerseite kaum verhandelbar. Schon bei der Plenumsitzung im März hatte der Sprecher des Arbeitskreises „Umwelt“ der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, von Problemen mit dem Finanzminister gesprochen, falls alle Sicherungsschritte umgesetzt werden. Am selben Tag stellte sich die Umweltministerin voll hinter das entsprechende Zielepapier. Auch Jüttner bekräftigte dies im Mai. Jetzt will die Landesregierung nur 75 Millionen für eine abgespeckte statt der per Ver-

pflichtungsermächtigung angesetzten 158 Millionen Mark für die versprochene Variante ausgeben. Daß sich die Landesregierung hinter ihre Zusagen zurückzieht, tragen die CDU- und Grünen-Fraktionen nicht mit. Georg Schirmbeck, Sprecher des CDU-Arbeitskreises „Umwelt“, zitierte am Montag einen Haushaltsreferenten. Der habe von fehlenden 20 Millionen gesprochen, die von der Deponie Münchehagen zu holen seien, weil das Geld dort nicht gebraucht werde. Daß Wasserhaltung und Kläranlage nötig sind, bestätigen „Pan Geo“ (Hannover) und die jüngsten Dioxin-Untersuchungen des Natec-Instituts. Und der Landkreis? Dieser zeigt keine Flagge. Die Kreispolitiker Willi Heineking und Reinhard Bergholz beziehen sich auf eine Resolution des Kreis Ausschusses von 1986: „Der Kreis hat für die Stadt Verantwortung zu tragen“, werben sie für eine klare Stellungnahme.